

ATTAC – Karlsruhe
Siegfried C. Schmidt
Im Winterrot 1
76228 Karlsruhe, den 20.07.2012



Prof. Dr. Norbert Lammert
Präsident des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der Süddeutschen Zeitung vom 16.7.2012 ist unter der Überschrift "Gigantische Einkommensunterschiede, die nicht zu rechtfertigen sind" ein Interview von Marc Beise und Karl-Heinz Büschemann mit Ihnen abgedruckt. Hier wird mal wieder VW-Vorstandschef Winterkorn mit einem Spitzengehalt von 17 Mio. € als schlimmes Beispiel und als einer der Gründe für den Vertrauensverlust in das derzeitige Wirtschaftssystem herangezogen.

Haben die Interviewer und auch Sie, Herr Professor, da nicht etwas vergessen? Oder für nicht erwähnenswert gehalten?

Warum reden Sie nicht über die 16 Milliarden € „Rekordgewinn“ von VW? Oder warum reden Sie nicht über die Verteilung von 1,4 Mrd. an Dividenden? Warum reden Sie unter der Überschrift: „Gigantische Einkommensunterschiede....“ nicht über die (unzureichende) Besteuerung von Kapitaleinkünften? Diese geringe Besteuerung ist auch eine von mehreren Ursachen für die seit Jahren andauernde Banken-, Euro- und Schuldenkrise.

Herr Winterkorn zahlt vermutlich den Spitzensteuersatz von 45%, landläufig - aber unzutreffend - auch als Reichensteuer bekannt. Unzutreffend deshalb, weil der Spitzensteuersatz bei Einkünften bis knapp 53 Tausend Euro nicht viel niedriger liegt, nämlich bei 42 %. Herr Winterkorn bleibt vermutlich immer noch mehr als genug.

Was aber ist mit dem Rekordgewinn? Mehr als 50 % der Stammaktien sind im Besitz der Familie Porsche. Das macht rund gerechnet 350 Mio. € Dividende, die mit 25 % versteuert wird. Das ist aber nur VW! Die Porsche-Holding ist überwiegend Eigentum der Familien Porsche und Piëch. Auch da kommen noch etliche Millionen Dividenden, zu 25 % versteuert, zusammen, Jahr für Jahr, mal weniger, mal mehr. Und es gibt noch viele andere Beispiele.

Wir fordern eine gerechte Besteuerung! Die derzeitige ist es nicht!

Bis in die 90er Jahre lag der Spitzensteuersatz über 50 % und Einkünfte aus Kapitalvermögen wurden in die Veranlagung mit einbezogen. Unsere Republik ist trotzdem oder vielleicht deshalb prächtig gediehen. Der politische Wille fehlt allerdings, zu dieser bewährten Handhabung wieder zurückzukommen. Auch deshalb sollte sich niemand wirklich wundern über den Vertrauensverlust in das derzeitige Wirtschaftssystem.

Und noch etwas: Sie beklagen in dem Interview den Zeitdruck durch die Entwicklung der Märkte. Die Liberalisierung der Finanzmärkte ist aber von allen Bundesregierungen der letzten 15 Jahre vorangetrieben worden, mit dem bekannten Ergebnis. Und es ist seitens der Politik seit Jahren nichts wirklich Nennenswertes zur Kontrolle der Märkte getan worden. Auch dies ist eine Ursache des von Ihnen beklagten Vertrauensverlustes.

Freundliche Grüße
Attac Karlsruhe
Siegfried C. Schmidt

Kopie an:
Süddeutsche Zeitung, Hultschiner Str. 8, 81677 München
Herren Beise und Büschemann